

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 10. Februar 1982

am Donnerstag, dem 11. Februar 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Auch (SPD)	87, 88	Hinsken (CDU/CSU)	20, 21
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	83, 84	Dr. Hirsch (FDP)	124
Börnßen (SPD)	97, 98	Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	126, 127
Bohl (CDU/CSU)	135, 136	Dr. Hupka (CDU/CSU)	111, 112
Borchert (CDU/CSU)	5	Immer (Altenkirchen) (SPD)	109, 110
Catenhusen (SPD)	101, 102	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	115, 116
Conradi (SPD)	56, 57	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	137, 138
Dr. Czaja (CDU/CSU)	117, 118	Jungmann (SPD)	33, 34
Daweke (CDU/CSU)	146	Kalisch (CDU/CSU)	80, 81
Deres (CDU/CSU)	128, 129	Kirschner (SPD)	31, 32
Dörflinger (CDU/CSU)	64	Dr. Kübler (SPD)	103, 104
Dolata (CDU/CSU)	62, 63	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	133, 161
Duve (SPD)	93, 94	Dr. Laufs (CDU/CSU)	130, 131
Eigen (CDU/CSU)	19, 150	Leuschner (SPD)	95, 96
Dr. Enders (SPD)	4	Linsmeier (CDU/CSU)	2, 134
Frau Dr. Engel (FDP)	8, 9	Lintner (CDU/CSU)	29, 30
Fischer (Homburg) (SPD)	89, 92	Lowack (CDU/CSU)	159, 160
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	16, 142	Marschall (SPD)	54, 55
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	10, 11	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	4
Gärtner (FDP)	37, 38	Milz (CDU/CSU)	70, 71
Frau Geiger (CDU/CSU)	145	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	65, 66
Dr. George (CDU/CSU)	13, 14	Nelle (CDU/CSU)	147
Gerster (Mainz) (CDU/CSU)	78, 79	Neuhaus (CDU/CSU)	76, 77
Gobrecht (SPD)	52, 53	Neumann (Bramsche) (SPD)	113, 114
Hansen (fraktionslos)	24, 25	Pauli (SPD)	15
Hartmann (CDU/CSU)	58, 59	Pfeffermann (CDU/CSU)	74, 75
Dr. Hennig (CDU/CSU)	67, 119	Pfeifer (CDU/CSU)	143
Herberholz (SPD)	1, 125	Pohlmann (CDU/CSU)	17, 18

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Poß (SPD)	139, 151	Susset (CDU/CSU)	148, 149
Rapp (Göppingen) (SPD)	156, 157	Frau Terborg (SPD)	90, 91
Rossmannith (CDU/CSU)	144	Thüsing (SPD)	3, 162
Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)	22, 23	Tillmann (CDU/CSU)	72, 73
Sauter (Ichenhausen) (CDU/CSU)	105, 106	Vosen (SPD)	85, 86
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	120, 121	Dr. Voss (CDU/CSU)	26, 27
Schreiner (SPD)	107, 108	Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	45, 46
Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU)	6, 7	Weirich (CDU/CSU)	154, 155
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	82	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	140, 141
Sielaff (SPD)	50, 51	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Soell (SPD)	122, 123	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	47, 48
Spranger (CDU/CSU)	60, 61	Würtz (SPD)	28, 158
Steiner (SPD)	152, 153	Zierer (CDU/CSU)	12, 132
Frau Steinhauer (SPD)	68, 69	Dr. Zumpfort (FDP)	35, 36
Stockleben (SPD)	99, 100	Frau Zutt (SPD)	42, 43
Stutzer (CDU/CSU)	41, 49		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	19
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	21
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	21
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	23

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, bei wie vielen deutschen Staatsbürgern der zur Verfügung stehende Wohnraum nicht die Mindestvoraussetzungen von je 12 qm Wohnfläche je Familienmitglied erfüllt?
2. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Innenbereich nach § 34 BBauB und im Außenbereich nach § 35 BBauG klarzustellen, und sind Gesetzesänderungen veranlaßt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

3. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Trifft es zu, daß, entgegen der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit verbreiteten Darstellung, daß die Bonner Entwicklungshilfe für den mittelamerikanischen Staat El Salvador eingestellt worden sei, das Projekt „Landwirtschaftliche Dienstleistungszentren Atiocoyo“ nach wie vor betrieben wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

4. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Ist der Bundesregierung die Höhe der Waldschäden bekannt, die durch Schnee- und Eisbruch in diesem Winter verursacht wurden, und wie kann den von der Naturkatastrophe Betroffenen geholfen werden?
5. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß innerhalb der Niederlande im Rahmen des WIR-Gesetzes im landwirtschaftlichen Sektor unabhängig von Bestandsgrößen gefördert wird im Gegensatz zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, und was gedenkt die Bundesregierung gegen solche Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG zu tun, die nach den Kürzungen der Gemeinschaftsaufgabe im Haushalt 1982 weiter verschärft worden sind?
6. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung zahlreicher Verbände und Organisationen, daß die Rechtmäßigkeit der Erhebung einer „Erzeugerabgabe für Milch“ zumindest dann in Zweifel gestellt werden muß, wenn die erhobenen Beiträge nicht ausschließlich für die in Artikel 4 der Verordnung (EWG) 1079/77 festgelegten Maßnahmen Verwendung finden und stattdessen dem Gesamthaushalt der Gemeinschaft zugeführt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung mitteilen, ob die im Jahr 1981 erhobenen Beträge aus der „Erzeugerabgabe für Milch“ voll für die in Artikel 4 der genannten Verordnung vorgesehenen Maßnahmen verwendet wurden, oder sind gegebenenfalls die in diesem Jahr für diesen Zweck nicht benötigten Beträge auf den EG-Haushalt 1982 zur Durchführung der in Artikel 4 genannten Aufgaben übertragen, oder sind sie in den allgemeinen EG-Haushalt und damit zur Durchführung auch anderer Aufgaben überführt worden? |
| 8. Abgeordnete
Frau
Dr. Engel
(FDP) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß es laut EG-Verordnung über die Vermarktungsnormen bei Eiern aus dem Jahr 1975 eine Eierwoche gibt, die nicht mit der Kalenderwoche identisch ist – die bekanntermaßen am Montag beginnt –, sondern bereits am Donnerstag der vorhergehenden Woche um 0 Uhr? |
| 9. Abgeordnete
Frau
Dr. Engel
(FDP) | Was gedenkt die Bundesregierung im Interesse der Verbraucher (Eierstempel) zu tun, um eine Angleichung von Eier- und Kalenderwoche herbeizuführen? |
| 10. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU) | Hat der Bundeskanzler am 3. Dezember 1981 mit seiner Erklärung im Deutschen Bundestag, mit der er forderte, die europäische Milchproduktion einzuschränken und die Agrarkosten zu senken, den Aussagen des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, Brandt, widersprechen wollen, daß der Kampf gegen den Hunger erste Priorität habe und die EG müsse aufpassen, daß sie keinen falschen Kurs fahre? |
| 11. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage einer Broschüre des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Pro-Kopf-Aufwendungen an die EG, nach der an der Spitze Belgien und die Niederlande vor der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark liegen, im Hinblick auf die ständige Behauptung vom deutschen Nettozahler, und wie sieht unter Berücksichtigung dieser Zahlen eine Kosten-Nutzen-Analyse aus, wenn man die gesamte Volkswirtschaft in die Betrachtung mit einbezieht? |
| 12. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den – nach jüngsten Untersuchungen teilweise bis zu 50 Prozent mindestens aber zu 30 Prozent bedrohten – Fichten- und Tannenbestand im Gebiet des Oberpfälzer Jura, Oberpfälzer Waldes und des Bayerischen Waldes zu erhalten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) | Trifft die Information in einem Beitrag in der Fachzeitschrift „Die Betriebskrankenkasse“, Heft 9/10 1981, zu, wonach im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erste Gespräche über eine Rechtsverordnung zu einem gemäß § 319 a RVO von den Krankenkassen zu führenden Mitgliederverzeichnis stattgefunden haben und wonach im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung überlegt wird, auch sämtliche Leistungsaufwendungen personenbezogen und maschinell zu erfassen? |
|--|---|

14. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung einen derartig gigantischen Erfassungsaufwand vom finanziellen Aufwand und vom Datenschutz her gesehen für vertretbar?
15. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Anteil der durch die Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs unentgeltlich zu befördernden behinderten Fahrgäste vielerorts weit über 10 v. H. der Gesamtbeförderung angewachsen ist, und was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß die Erstattungsbeiträge von zur Zeit 2,99 v. H. in Rheinland-Pfalz die tatsächlichen Kosten bei weitem nicht mehr decken?
16. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie entwickelt sich der Zuschußbedarf für die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg im laufenden Haushaltsjahr angesichts der Ist-Ergebnisse des Arbeitsmarkts im Januar dieses Jahrs?
17. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der vom Bundesarbeitsminister laut amtlicher Statistik für 1981 festgestellte Krankenstand von 5,2 Prozent (vgl. „sozialpolitische Informationen“ vom 25. Januar 1982) die tatsächliche Abwesenheit wegen Krankheit in den Betrieben exakt wiedergibt, z. B. im Hinblick darauf, daß die Krankenkassen kurzdauernde Arbeitsunfähigkeitsfälle in der Regel nicht erfassen und die Krankenkassen durch den Wegfall der Barleistungen in den ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit kein unmittelbares Interesse mehr an einer vollständigen Erfassung des Krankenstands haben?
18. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den überproportional starken Anstieg des Krankenstands ausländischer Arbeitnehmer, der nach den Erhebungen der Deutschen Verbindungsstelle, Krankenversicherung-Ausland, bis Ende der 60er Jahre um ein Fünftel bis ein Viertel unter dem Krankenstand der Pflichtmitglieder insgesamt lag, 1970 deutlich anstieg und heute um ein Drittel über dem durchschnittlichen Krankenstand liegt?
19. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Sonderkulturbetrieben der Land- und Forstwirtschaft (insbesondere Obst- und Gemüse-, Baumschul- und Zierpflanzenbetriebe) auch 1982 viele Saisonarbeitsplätze zur Verfügung stehen werden, die aber nach Erfahrung der Vorjahre trotz der wachsenden Zahl der Arbeitslosen nicht besetzt werden können, und was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit zu tun, um im Rahmen der geplanten Beschäftigungsprogramme die arbeitslosen Arbeitnehmer in diesen offenen Stellen zu vermitteln, um diesen Betrieben damit die Existenz zu sichern?
20. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Für wie viele im Ausland lebende Kinder von in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Eltern bzw. Elternteilen wird zur Zeit Kindergeld bezahlt, und wie hoch war dieser Betrag in DM ausgedrückt im Jahr 1979, 1980, 1981?

21. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie hoch sind die monatlichen Zahlbeträge für das erste, zweite und folgende solcher Ausländerkinder insgesamt?
22. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU) Sind — wie der Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften meint — in der Bundesrepublik Deutschland für die Intensivbehandlung von Schwerebrandverletzten von den benötigten 138 Spezialbetten lediglich 48 Betten vorhanden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
23. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU) Warum ist der Beschluß einer Konferenz der Referenten des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit und der zuständigen Länderministerien nach der schweren Brandkatastrophe auf einem Campingplatz in Spanien, die Versorgung Schwerebrandverletzter in der Bundesrepublik Deutschland durch Einrichtung von Behandlungszentren zu verbessern, nicht in die Tat umgesetzt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

24. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Wieviel Länder erhalten im Jahr 1982 für wie viele Soldaten militärische Ausbildungshilfe?
25. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Sind Paraguay, Süd-Korea, Zaire, Pakistan, Brasilien, Iran und die Türkei unter den Empfängerländern oder andere, die in ihrem Verhalten ebenfalls der Antifolterdeklaration der UNO nicht entsprechen?
26. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Sind Pressemeldungen zutreffend, daß der gegen den Oberst Baltutis verhängte Verweis wegen eines Gesprächs mit einem Mitglied des Deutschen Bundestages aufgehoben worden ist, und welche Folgerung zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus der Aufhebung des Verweises, der wesentliche Grundlage für die Versetzung von Oberst Baltutis zur Bundeswehr war?
27. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Hinweise und Informationen, daß durch Oberst Baltutis dienstlich gewonnene Erkenntnisse jemals an die Öffentlichkeit gelangt sind?
28. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sind dem Bundesverteidigungsministerium die Vorgänge anläßlich der Übung „Clover Fortune“ in Twistringen/Landkreis Diepholz (Niedersachsen) — Übung von Verhören — bei den holländischen Streitkräften bekannt, und wenn ja, gibt es ähnliche Ausbildungsvorhaben bzw. Methoden bei der Bundeswehr?
29. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, wonach Streitkräfte der DDR und der Tschechoslowakei Gaswaffensysteme zur Verfügung haben?

30. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche besonderen Anstrengungen hat die DDR auf dem Sektor „Ziviler Bevölkerungsschutz“ unternommen, und wieviel Plätze in Luftschutzeinrichtungen stehen der DDR zur Verfügung?
31. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Konsequenzen zum Schutz der Bevölkerung zieht die Bundesregierung aus dem militärischen Vorfall vom 2. Februar 1982, bei dem im Raum Schramberg/Freundenstadt/Nagold ein US-amerikanisches Jagdflugzeug mit Standort Bitburg eine Sidewinderrakete während eines militärischen Übungsflugs „verloren“ hat?
32. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Gefährdung besteht bei einem solchen Zwischenfall für die betroffene Bevölkerung?
33. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der US-Kongreß (wie mehrere deutsche Tageszeitungen am 2. und 3. Februar 1982 berichteten) bereits im Dezember 1981 beschlossen hat, aus den Mitteln des US-Verteidigungshaushalts 1982 Waffen und Ausrüstung, mit ganz geringen Ausnahmen, nur noch in den USA zu kaufen, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der Kongreßbeschuß vom Dezember 1981 eine schwere Belastung für den immer wieder erhobenen NATO-Anspruch hinsichtlich der Rüstungskoooperation, -standardisierung und Interoperabilität der Systeme innerhalb der NATO darstellt?
34. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Welche Auswirkungen hat der Kongreßbeschuß auf die bisher mit den Vereinigten Staaten vereinbarten Rüstungskoooperationen, und trifft es zu, daß der amerikanische Außenminister Haig den europäischen NATO-Partnern die Zusicherung gegeben hat, sich für eine Korrektur des Kongreßbeschlusses einzusetzen?
35. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des vom amerikanischen Kongreß verabschiedeten Zusatzes zum Haushaltsgesetz, mit dem im Haushaltsjahr 1982 untersagt wird, Waffen und Ausrüstung für US-Truppen außerhalb der Vereinigten Staaten zu kaufen, auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen?
36. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung dieser Beschuß speziell auf die deutsch-amerikanischen Kompensationsgeschäfte im Rahmen der Lieferung von zwei US-Frühwarnflugzeugen vom Typ AWACS?
37. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) Plant die Bundesregierung, auf den Kauf des zweiten AWACS-Flugzeugs zu verzichten, wenn der Zusatz zum Haushaltsgesetz nicht aufgehoben wird, und welche Initiativen hat die Bundesregierung gegebenenfalls ergriffen, um auf eine Aufhebung des Beschlusses hinzuwirken?
38. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) War die Bundesregierung vor der Beschlußfassung des amerikanischen Kongresses über diese Initiative informiert, und welche Schritte hat sie unternommen, um die Initiatoren dieses Beschlusses auf die möglichen Folgen hinzuweisen?

- | | |
|--|---|
| 39. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Zu welchem Ergebnis ist die beim Bundesministerium der Verteidigung in der ersten Hälfte 1981 eingesetzte Kommission für die zukünftige Entwicklung im Bereich der Betriebskosten (Treibstoff etc.) gekommen, oder zu welchem Zeitpunkt werden konkrete Ergebnisse zu erwarten sein? |
| 40. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU) | Wie hat sich die seinerzeitige Entscheidung des Bundesverteidigungsministers ausgewirkt, dem Generalinspekteur der Bundeswehr erweiterte Kompetenzen für die Planungen zuzuweisen? |
| 41. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die Größenordnung des dänischen Verteidigungsbeitrags und auf die Notwendigkeit der gemeinsamen Verantwortung für angemessen, daß ab April alle fünf Kommandostellen der NATO im Bereich der Ostseerausgänge von dänischen Offizieren besetzt werden, oder wird sie sich noch darum bemühen, eine in der Sache abgewogene Kommandobesetzung auszuhandeln? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 42. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über unterschiedliche Krankheitsanfälligkeit bei männlichen und weiblichen Erwerbspersonen vor? |
| 43. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) | Gibt es darüber hinaus unterschiedliche Anfälligkeiten zwischen Männern und Frauen bei statistisch relevanten Krankheiten? |
| 44. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Untersuchungen und Erfahrungsberichte über die stetige Zunahme von Unterhaltungsautomaten vor, die an für jedermann frei zugänglichen Stellen aufgestellt sind und somit eine Gefährdung für Kinder und Jugendliche mit sich bringen können? |
| 45. Abgeordneter
Graf von
Waldburg-Zeil
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Absicht, möglichen Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen durch Unterhaltungsautomaten dadurch entgegenzuwirken, daß, mit Hilfe einer Änderung des § 33 der Gewerbeordnung, Unterhaltungsautomaten im Hinblick auf gesetzliche Vorschriften den Gewinnspielautomaten gleichgestellt werden? |
| 46. Abgeordneter
Graf von
Waldburg-Zeil
(CDU/CSU) | Erwägt die Bundesregierung darüberhinaus zum Schutz der Jugendlichen, den § 7 des Jugendschutzgesetzes durch eine gesetzlich verankerte Einlaßkontrolle in Spielsalons und Automatenhallen zu erweitern? |
| 47. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Stimmen Berichte des WDR, daß Aale mit hohen Giftkonzentrationen aus den USA in die Bundesrepublik Deutschland importiert würden, und war dies Dienststellen des Bundes bekannt? |

48. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Behauptung stimmt, US-Behörden hätten die Fänge genehmigt mit der Auflage, diese zu exportieren, und was gedenkt die Bundesregierung gegen solche Praktiken zu unternehmen?
49. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung künftig verhindern, daß tiefgefrorene Lebensmittel, wie Fleisch und Fische, importiert und auf den Markt gebracht werden, die nach den deutschen Verbraucherschutzbestimmungen nicht verkauft werden dürften, oder sieht sich die Bundesregierung nicht in der Lage, ein Verfahren aufzuzeigen, das bei importierten Lebensmitteln dem Verbraucher so wie bei deutschen Lebensmitteln einen ausreichenden Schutz bietet?
50. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist die Beurteilung der Auswirkungen von Asbest in Getränken oder die Verwendung von Asbestfiltern nur in beschränktem Umfang möglich, und stimmt es, daß sich die Aussagen über Asbest in Getränken, insbesondere im Wein, im wesentlichen auf im Ausland erarbeitete Daten stützen?
51. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist von seiten der Bundesregierung geplant, die Verwendung von Asbestfiltern, insbesondere auch für Getränke, in absehbarer Zeit zu untersagen?
52. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Werbung der pharmazeutischen Industrie für Medikamente allgemein und im besonderen bei der Werbung für Kopfschmerztabletten, wenn für die Einnahme solcher Tabletten auf angebliche gute Verträglichkeit besonders hingewiesen wird?
53. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der vielfachen Hinweise auf schädliche Nebenwirkungen langjähriger Einnahme beispielsweise von Kopfschmerztabletten ein allgemeines Verbot der Werbung für Medikamente, zumindest aber ein Verbot der Behauptung guter Verträglichkeit von Tabletten, für notwendig oder wenigstens erwägenswert?
54. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Welche Entwicklung des Drogenmißbrauchs ist 1981 nach den Erkenntnissen der Bundesregierung festzustellen, und wie wird die weitere Entwicklung vor dem Hintergrund der neuesten Mitteilungen des Suchtstoffkontrollamts der Vereinten Nationen eingeschätzt?
55. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Hat die Bundesregierung Informationen, die darauf schließen lassen, daß für das am 1. Januar 1982 wirksam gewordene Betäubungsmittelgesetz in den Ländern die Voraussetzungen zur Umsetzung des Grundgesetzes Therapie vor Strafe in der Praxis geschaffen wurden, bzw. in welchen Bereichen sind Umsetzungsdefizite zu befürchten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

56. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hält die Bundesregierung es für möglich, den Rhein-Main-Flughafen Frankfurt zu entlasten, indem Interkontinentallinienflüge der Deutschen Lufthansa, deren Passagiere nicht nach dem Zielort Frankfurt, sondern dort nur auf innerdeutsche Linienflüge in andere deutsche Zielorte umsteigen möchten, auf den wenig ausgelasteten Flughafen Köln/Bonn verlagert werden, wodurch auch eine bessere Auslastung der innerdeutschen Linien von/nach Köln/Bonn möglich wäre?
57. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hält es die Bundesregierung für möglich, den Rhein-Main-Flughafen Frankfurt von innerdeutschen Zubringerlinienflügen zu entlasten, indem Flughafen-IC-Züge der Deutschen Bundesbahn (train-plane) auch aus dem süddeutschen Raum eingerichtet werden und bisherige Zubringerflüge ersetzen, beispielsweise von/nach Stuttgart (täglich fünf Flüge), München (täglich 13 Flüge), Nürnberg (täglich fünf Flüge)?
58. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt bei seinem Besuch Ende letzten Jahrs in Wien dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky den Weiterbau der Rhein-Main-Donau-Schiffahrtsstraße zugesagt hatte, und welche Gründe veranlaßten den Bundeskanzler, nun einer Aufgabe dieser Absicht zuzustimmen?
59. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung ihre Beteiligung an dem Vorhaben, die Flußsysteme von Rhein und Donau für die Binnenschifffahrt miteinander zu verbinden, bisher beurteilt, und welche Gründe veranlassen sie nunmehr, nach angeblich „finanzwirtschaftlich, ökonomisch und ökologisch abgewogenen Konzepten“ für das weitere Vorgehen zu suchen?
60. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Besitzt die Bundesregierung eine rechtliche Handhabe, den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals zu beenden, und muß nicht derjenige, der — wie die Bundesregierung — eine „qualifizierte Beendigung“ des Bauvorhabens will, erst einmal darlegen, was er damit überhaupt meint?
61. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Umfaßt die vom Bundesverkehrsminister angestrebte „qualifizierte Beendigung“ der Bauarbeiten beispielsweise auch den Verzicht auf die unter ökologischen Gesichtspunkten durchaus akzeptable mittelfränkische Seenplatte, und sollen „Investitionsruinen“ nach den Vorstellungen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang wieder geschleift werden?
62. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind im Eisenbahntransitverkehr von und nach Berlin (West) innerhalb der letzten drei Monate Verspätungen aufgetreten, deren Ursachen in den Bauarbeiten auf dem Bahnhof Rummelsburg sowie in defekten Lokomotiven und Weichen — also im Zuständigkeitsbereich der Regierung der DDR — zu suchen sind?

63. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Wann hat die Bundesregierung bei der Regierung der DDR auf einen einwandfreien Eisenbahntransitverkehr von und nach Berlin (West) eingewirkt und mit welchem Ergebnis?
64. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit anzuerkennen, daß von der Aufnahme „verkehrsberuhigender Maßnahmen in Verbindung mit Stadterneuerung“ in den Förderungskatalog des Gemeindefinanzierungsgesetzes im Zusammenhang mit einer entsprechenden finanziellen Aufstockung eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigungswirkung ausgehen würde (vgl. „Beschäftigungswirkungen von Straßenbauinvestitionen“ herausgegeben von der Deutschen Straßenliga e. V., Januar 1982), und ist die Bundesregierung deshalb bereit, einen solchen Schritt in Erwägung zu ziehen?
65. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Mit welchem Erfolg konnten in den letzten zehn Jahren die Immissions- und Lärmbelastungen durch den Autoverkehr vermindert werden, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß diese weiter reduziert werden?
66. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Wie haben sich die bisherigen Werbemaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr auf die Bereitschaft der Autofahrer ausgewirkt, vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr umzusteigen?
67. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung den Protokollvermerk zum Luftverkehrsabkommen in Gesprächen und Verhandlungen mit der Sowjetunion seit 1973 nicht mehr angesprochen und somit ein Interesse der Deutschen Lufthansa an einer Zwischenlandung auf dem Weg nach Tokio nicht mehr demonstriert?
68. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Sind Informationen aus dem Bundesbahndirektionsbezirk Essen zutreffend, wonach Ausbildungsplatzangebote unter Verringerung der vorhandenen Kapazitäten für die Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen nur noch gemäß dem künftigen Eigenbedarf der Deutschen Bundesbahn vorgenommen werden, und wird dies zutreffendenfalls auch in anderen Bundesbahndirektionsbezirken so gehandhabt?
69. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Erfolgt ein solcher etwaiger Abbau der Ausbildungsplätze in Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um gerade in der heutigen Zeit auch in dem von ihr zu beeinflussenden Bereich alles zu unterstützen, ihren Aufruf an die Wirtschaft glaubwürdig zu unterstreichen, jeden irgendwie möglichen Ausbildungsplatz im Interesse der Ausbildung der Jugendlichen zu besetzen?
70. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den vorhandenen Katalog von Verkehrszeichen in der Straßenverkehrsordnung auf ein notwendiges Maß zu reduzieren, zumal der Autofahrer durch übermäßige Anhäufung von Verkehrsschildern in der Kürze der Zeit in der Verarbeitung aller Schilder überfordert ist?

71. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Besteht nach Auffassung der Bundesregierung zwischen der Qualität der Wegweisung und dem Unfallgeschehen ein Sachzusammenhang, und welche Folgerungen zieht sie für ihren Verantwortungsbereich daraus?
72. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß Praktiken der illegalen Unterbietung genehmigter und vorgeschriebener Flugtarife gang und gäbe sind, und ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie behauptet — auch die Deutsche Lufthansa bei diesen Unregelmäßigkeiten beteiligt ist?
73. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, den Verkauf von Flugscheinen in Zukunft stärker zu überwachen, um die Einhaltung der genehmigten und vorgeschriebenen Tarife zu garantieren, und kann sie zusichern, daß sie sich für die Beachtung geltenden Rechts voll einsetzen wird, um Wettbewerbsstörungen und -verzerrungen zwischen Luftverkehrsgesellschaften und in der Reisebürobranche auch im Interesse der Verbraucher zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

74. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Treffen Meldungen in der „Welt“ vom 27. Januar 1982 zu, wonach bei der Neuvergabe des Postwerbeetats von insgesamt rund 85 Millionen DM für 1983 nur ausländische Agenturen zur Präsentation aufgefordert wurden, und welche waren dies?
75. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Gibt es keine deutschen mittelständischen Werbeagenturen, die so leistungsfähig sind, daß sie — mit Ausnahme sogenannter Minietats (z. B. für Philatelie) — für einen Auftrag der Deutschen Bundespost in Frage kommen?
76. Abgeordneter
Neuhaus
(CDU/CSU) Treffen die Aussagen in dem Bericht „Zweierlei Maß“ in Nr. 6/81 „Die Deutsche Postgilde“ vom 6. Dezember 1981 zu, nach denen Ferienaushelfer bei der Deutschen Bundespost höher entlohnt werden als die in den jeweiligen Diensten ständig Beschäftigten, und wenn ja, wie groß ist dieser Unterschied?
77. Abgeordneter
Neuhaus
(CDU/CSU) Gibt es Unterschiede (auf Stundenlohnbasis) in der Entlohnung zwischen Ferienaushelfern bei der Deutschen Bundespost und vergleichbaren Ferienaushelfern anderer öffentlicher Verwaltungen des Bundes, und wenn ja, wie groß sind diese Unterschiede?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

78. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Warum wurde das Schreiben, das die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte am 7. Dezember 1981 unter dem Aktenzeichen AA — DDR/R 1070 an den Bundeskanzler persönlich richtete und durch das dieser gebeten wurde, bei seinem Besuch in der

DDR schwerste Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzusprechen, nicht einmal einer Antwort für würdig befunden?

79. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung, so z. B. der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Schreiben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte generell nicht beantwortet, und warum unterbleibt dies gegebenenfalls?
80. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß vor allem in jüngster Zeit vermehrt Aufforderungen und Bitten von Beamten der Volkspolizei der DDR an Kraftfahrer zu verzeichnen sind, auf den Transitwegen von und nach Berlin (West) verunfallte, unverletzte Personen auf diesen Transitwegen mitzunehmen, und wenn ja, ist dies lediglich auf eine eventuell höhere Anzahl von Unfällen oder Pannen auf den Transitwegen zurückzuführen, oder gibt es sonstige Hintergründe?
81. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Welche Ratschläge gibt die Bundesregierung den von solchen Aufforderungen bzw. Bitten betroffenen Kraftfahrern?
82. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung außer Protesten zu unternehmen, um die mit der DDR-Regierung bei dem Treffen Schmidt/Honecker getroffenen Absprachen sowie die vertraglich vereinbarten Arbeitsmöglichkeiten für unsere Journalisten in der DDR sicherzustellen?
83. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Was hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen damit gemeint, als er bei der Niederlegung eines Kranzes im Konzentrationslager Sachsenhausen erklärte, es gebe „überall in der Welt noch Stätten, wo es ähnlich zugehe“?
84. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche „überflüssigen unfreundlichen Akte“ gegenüber der DDR, von denen der Bundeskanzler nach seinem Besuch in der DDR sprach, gibt es, und in welchen Fällen sind nach Auffassung der Bundesregierung Gäste aus der DDR „gegen ihren erklärten Willen in der Bundesrepublik Deutschland abgeworben worden“, wie die Bundesregierung mir in der Antwort auf meine Frage 165 in Drucksache 9/1297 mitgeteilt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

85. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Welche Maßnahmen im Forschungs- und Entwicklungsbereich werden von der Bundesregierung zur Eindämmung von Schwefeldioxidemissionen, insbesondere im Kraftwerksbereich, gefördert?
86. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Welche Maßnahmen und Untersuchungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich werden von der Bundesregierung zur Problematik des sogenannten sauren Regens gefördert?

- | | |
|---|--|
| 87. Abgeordneter
Auch
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Klage eines leitenden Forschers der Max-Planck-Gesellschaft, daß die Anschaffung von „mindestens einem Viertel“ der Geräte „unnütz“ ist (vgl. die Zeit vom 8. Januar 1982, Seite 41)? |
| 88. Abgeordneter
Auch
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des in der Vorfrage genannten Forschers, daß die rechtzeitige Gerätebeschaffung mit dem Termin der Verabschiedung des Bundeshaushalts in Verbindung gebracht werden kann? |
| 89. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung das Verfahren eines Institutsleiters der Max-Planck-Gesellschaft, der am Jahresende für die Gerätebeschaffung größere Summen „raushaut“, und sieht sie die Begründung hierfür durch die kameralistische Haushaltsführung als stichhaltig an? |
| 90. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD) | Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fördert die Bundesregierung, um Dünnsäure unschädlich zu beseitigen? |
| 91. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD) | Welche Techniken in Forschung und Entwicklung werden von der Bundesregierung zur Verminderung der Emission von Blei und anderen Schwermetallen gefördert, und wann werden die ersten Ergebnisse vorliegen? |
| 92. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Was beinhaltet die vierte Teilerrichtungsgenehmigung für den SNR-300, die 1981 erteilt wurde, im einzelnen und behandelte sie insbesondere sogenannte wesentliche Änderungen? |
| 93. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Durch welche Nachweise ist beim Genehmigungsverfahren zum Schnellen Brüter (SNR-300) sichergestellt, daß durch Flugzeugabsturz ein Versagen des Dampferzeugers nicht möglich ist, und inwieweit gilt ein Flugzeugabsturz überhaupt als eigenständiger Lastfall für die Komponentenauslegung? |
| 94. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Kann die Bundesregierung angeben, ob und wie die Erfüllung der BMI-Richtlinie für den Strahlenschutz des Personals bei der Durchführung von Instandhaltungsarbeiten in Kernkraftwerken in der Planung für den SNR-300 nachgewiesen wird? |
| 95. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) | Ist der Bericht des Ausschusses des Projektkomitees „Schnelle Brüter“ vom Januar 1980 (oder der Entwurf des Berichts), der für das Bundesforschungsministerium erstellt worden war und im Bonner Energiereport abgedruckt wurde, dem Parlament und insbesondere der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ zugänglich gemacht worden, bzw. warum nicht? |
| 96. Abgeordneter
Leuschner
(SPD) | Ist es dem Bundesforschungsministerium bekannt gewesen, als er am 10. Januar 1980 in der Enquete-Kommission des 8. Deutschen Bundestages Ausführungen zu den Kosten und dem Inbetriebnahmeterrnin des SNR-300 machte, daß für sein Haus seit dem 25. September 1979 dieser Bericht erstellt wird und in Kürze vorliegen wird? |

97. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Ist nach dem gegenwärtigen Stand der Genehmigung die Beherrschung eines Mehrfachrohrbruchs im Dampferzeuger des SNR-300 ausreichend nachgewiesen?
98. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Werden beim gegenwärtigen Stand des Genehmigungsverfahrens Materialfehler beim SNR-300, die nicht festgestellt werden konnten, durch entsprechend konservativ Annahmen berücksichtigt, und welche sind dies?
99. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Hat die Bundesregierung die Studie „SNR-300 – Bestandsaufnahme 1980“ in Auftrag gegeben, und hat sie die Ergebnisse der Studie bewertet?
100. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Konsequenzen wurden nach Kenntnis und Auffassung der Bundesregierung aus der Studie „SNR-300 – Bestandsaufnahme 1980“ gezogen, und wie wurden diese beim Weiterbau und im Genehmigungsverfahren für den SNR-300 berücksichtigt?
101. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Wenn es zutrifft, daß das Projekt SNR-300 in ersten Nöten steckte und nicht vor 1990 fertiggestellt werden kann, wie im Bericht des Ausschusses des Projektkomitees „Schneller Brüter“ laut Abdruck im Bonner Energiereport festgestellt wird, welche neuen Umstände sind dann seit Januar 1980 eingetreten, die es als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Fertigstellung vor 1990 liegen wird?
102. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Bericht des Projektkomitees „Schneller Brüter“ im einzelnen gezogen, und hat sie bei der Verwirklichung dieser Konsequenzen auf die Genehmigungsbehörden und die Gutachter des SNR-300 eingewirkt?
103. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über zuverlässige Informationen, bis wann die Wiederaufarbeitungsanlage bei der Kernforschungsanlage Karlsruhe wieder in Betrieb genommen werden kann, und wie beurteilt die Bundesregierung die sehr lange Ausfallzeit im Hinblick auf Ursachen und Konsequenzen auch für die nächste geplante Stufe der Wiederaufarbeitungstechnologie, nämlich eine Demonstrationsanlage für Wiederaufarbeitung mit einer Kapazität von 350 Jahrestonnen?
104. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sind die konkreten betriebstechnischen und sicherheitstechnischen Erfahrungen aus der Pilotanlage der Wiederaufarbeitungsanlage bei der Kernforschungsanlage Karlsruhe geeignet, für das Genehmigungsverfahren und damit auch für den Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage als Demonstrationsanlage von 350 Jahrestonnenkapazität praktische Erfahrungen und konkrete Hinweise zu geben?
105. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU) An welchem Reaktor – außer Neuherberg – ist eine Trockenzelle in solcher Größe vorhanden, daß dort nicht nur Kleinlebewesen sondern auch größere Organe und größere Tiere teil- oder ganzkörperbestrahlt werden können, und welche Konsequenzen hätte die Schließung von Neuherberg auf die Entwicklung sogenannter biologischer Indikatoren?

106. Abgeordneter
Sauter
(Ichenhausen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei einer Schließung Neuherbergs das Potential an Erfahrung über Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, das dort aufgebaut wurde, unwiederbringlich verloren geht, und daß die außerordentlichen Neutronenaktivierungsmöglichkeiten eines TRIGA-Reaktors praktisch nicht ersetzt werden können?
107. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Gibt es einen Satz eigener KTA-Regeln für den SNR-300, und werden sie gegebenenfalls auf den SNR-300 angewendet?
108. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wird die fünfte Teilerrichtungsgenehmigung, die für dieses Jahr erwartet wird und die sicherheitstechnisch wesentliche Teile betrifft, von wesentlichen Änderungen des SNR-300 auszugehen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

109. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die politische Entwicklung in El Salvador im Blick auf die von der dortigen Regierung geduldeten oder gar veranlaßten Menschenrechtsverletzungen?
110. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, gemeinsam mit den USA in El Salvador auf die dortige Regierung einzuwirken, durch Verhandlungen ein Ende der unmenschlichen Gewalttaten zu erreichen und ein militärisches Eingreifen der USA zu verhindern?
111. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung über ihre Auskunft vom 3. Dezember 1981 (Plenarprotokoll Seite 4099) hinaus mitteilen, wie viele Lehrer deutscher Volkszugehörigkeit seit Erlaß der Verordnung vom Herbst 1981 entlassen worden sind und daß durch diese Entlassungen aussiedlungswillige rumänische Staatsbürger zum Dableiben gezwungen werden sollen?
112. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie ist der Satz des Bundesaußenministers zu verstehen, „daß Anträgen auf Ausreise im Wege der Aussiedlung oder Familienzusammenführung tschechoslowakischerseits meist entsprochen wird“, wenn unmündige Kinder erst nach fünf Jahren zu ihren Eltern ausreisen dürfen und die Mehrzahl der hier eintreffenden Deutschen als Besucher in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, weil sie bisher keine Erlaubnis zur Aussiedlung erhalten konnten?
113. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Welchen Erfolg haben die Bemühungen des Bundesaußenministers, eine europäische Lösung für die Aufnahme der geretteten Flüchtlinge von der „Cap Anamur“ herbeizuführen?
114. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Welchen Umfang haben die Hilfsleistungen im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft für Polen 1981 gehabt, und welche Leistungen sind für 1982 beabsichtigt?

115. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Ergebnisse für die Ausreisemöglichkeit wie für die Beachtung der Menschenrechte der Deutschen in der Sowjetunion haben nach den derzeitigen Erkenntnissen der Bundesregierung die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär der KPdSU bei dessen Besuch in Bonn gezeitigt, und wie viele dieser Personen haben seitdem eine Ausreiseerlaubnis aus der UdSSR erhalten?
116. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie ist die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage nach der Zahl der Todesopfer im Konzentrationslager Sachsenhausen nach 1945, daß genaue Zahlenangaben oder zuverlässige Schätzungen, die von der Bundesregierung bestätigt werden könnten, nicht vorlägen, mit der Feststellung in der Dokumentation „Politik und Justiz in der DDR“ von Karl-Wilhelm Fricke vereinbar, wonach in Sachsenhausen nach 1945 „mindestens 20 000 Häftlinge verstorben“ sind, „die in großen Massengräbern in einer Waldschonung an der Chaussee nach Schmachtenhegen sowie im sogenannten Kommandantenhof ihre letzte Ruhestätte fanden“?
117. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie weit berührt die Note der Volksrepublik Polen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, wonach sie wegen des Kriegsrechts viele, beim Beitritt zum politischen Menschenrechtspakt der UN entstandene, Rechtsverpflichtungen zur Gewährleistung von Menschenrechten zeitweise außer Kraft setzt, auch die im Rahmen des politischen Menschenrechtspakts von polnischer Seite gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner übernommenen Rechtsverpflichtungen (z. B. Ausreisefreiheit für Deutsche nach Artikel 12 Abs. 2), und können sich aus der in der Note dargelegten Rechtsauffassung auch praktische Folgen für sonstige ein- oder zweiseitige Rechtsverpflichtungen der Volksrepublik Polen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, z. B. auf freie Ausreise Deutscher, ergeben?
118. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch eine Kollektivdemonstration der zehn EG-Staaten in Moskau und Warschau auf der Einhaltung der notstandsfesten Bestimmungen des politischen Menschenrechtspakts der UN in der Volksrepublik Polen zu bestehen, z. B. der Gewährleistung der vollen Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18), der Verhinderung erniedrigender Behandlung oder Strafe (Artikel 7), der Wahrung des Rechtssatzes nulla poena sine lege (Artikel 15)?
119. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesaußenminister sein dem Außenminister von El Salvador am 20. November 1981 gegebenes Wort, wieder einen Botschafter in dieses Land zu entsenden, bisher nicht eingelöst?
120. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Gibt es Überlegungen der amerikanischen Regierung, Nervengas in Europa zu lagern, und sieht die Bundesregierung in diesem Fall keine Veranlassung zu Gegenmaßnahmen?

121. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls eine Ausrüstung amerikanischer Truppen, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind, mit Nervengas bzw. dessen Lagerung in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, und werden konkrete Schritte in dieser Richtung unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

122. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von einer Vereinigung namens „Schutzbund für das deutsche Volk“, die als Versuch dienen soll, die bisher nicht koordiniert arbeitenden „Bürgerinitiativen gegen Ausländereinwanderung“ in einer Dachorganisation zusammenzufassen?
123. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich dieser „Schutzbund“ der Argumente des sogenannten Heidelberger Manifestes bedient, um ihre mit der NS-Rassenideologie teilweise übereinstimmenden Positionen pseudowissenschaftlich zu untermauern, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten für ein Verbot des „Schutzbunds“ wegen Volksverhetzung?
124. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Mitglieder im Rat der EG hatten die geforderte Konsultationspflicht beim Bau grenznaher Kraftwerke bisher blockiert, wie aus einer Antwort der EG-Kommission auf eine Anfrage der Abgeordneten Frau von Alemann hervorgeht, nach der die Kommission zwar die Pflicht zur Konsultation und einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Errichtung von Kraftwerken in Grenznähe innerhalb der EG für unbedingt notwendig hält, dazu bereits seit 1976 dem Rat der EG dezidierte Vorschläge gemacht habe, die aber bisher entweder abgelehnt, als verfrüht eingestuft wurden oder immer noch beraten würden, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diese Blockade zu überwinden?
125. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Sicherungen von Kernkraftwerken vor einer Kernschmelzung, nachdem in Untersuchungen über den nuklearen elektromagnetischen Impuls (NEMP), der bei der Zündung einer Atombombe in über 40 km Höhe über dem Erdboden entsteht, die Befürchtung geäußert wurde, daß durch den NEMP-Effekt die elektronischen Kernkraftwerkssicherungen außer Kraft gesetzt und damit eine nukleare Katastrophe verursacht werden könnte?
126. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Welche Angaben liegen der Bundesregierung darüber vor, wie hoch der Personalschwund beim Bundesgrenzschutz im Vergleichszeitraum von 1976 bis 1981 (ohne die noch in der Ausbildung befindlichen Beamten) ist, und welche Ursachen sind der Bundesregierung für diesen Personalschwund bisher bekannt?

127. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU) Führt der Vorschlag der Bundesregierung, das Stellen-Soll des Bundesgrenzschutzes von zirka 23 000 Mann (1982) auf insgesamt 20 000 Mann einzufrieren, nicht zur Gefährdung der inneren Sicherheit?
128. Abgeordneter
Deres
(CDU/CSU) Wann ist bei der Bundesregierung mit der vorgesehenen Änderung der Bundeswahlordnung bezüglich einer Reform der Briefwahl zu rechnen, und wird die Änderung insbesondere so rechtzeitig erfolgen, daß die Länder im Interesse einer bundeseinheitlichen Regelung ihre Wahlordnungen noch für die im Jahr 1983 heranstehenden Landtags- und Kommunalwahlen anpassen können?
129. Abgeordneter
Deres
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Beschluß vom 24. November 1981 (2 BvC 1/81) zur Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl, hier insbesondere die Vorschläge, Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Briefwahl entgegenzuwirken, und die von der Landesregierung Rheinland-Pfalz dem Bundesinnenminister vorgeschlagenen Änderungen zum Zweck einer bundeseinheitlichen Regelung zu berücksichtigen?
130. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wann wird der Bundesminister des Innern seine Zustimmung zur ersten Teilerrichtungsgenehmigung der Kernkraftwerke Isar II, Emsland und Biblis C angesichts der Tatsache geben, daß die Reaktorsicherheitskommission bereits vor drei Monaten ihr positives Votum zur sicherheitstechnischen Realisierbarkeit dieser drei Anlagen abgegeben hat?
131. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die beispielsweise in Großbritannien angewandte biologische Strahlenschutzkontrolle mittels der Chromosomenaberrationsanalyse in Fällen vermuteter Überexposition durch ionisierende Strahlen, in denen eine physikalische Dosismessung nicht erfolgte, und was gedenkt sie zu tun, um dieses biologische Verfahren in unserem Land einzuführen?
132. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Warum werden die Forstämter und Waldbauern durch das Bundesamt für Umweltschutz, das seit 1978 eine Meßstation auf dem Brotjacklriegel unterhält, nicht mehr für das Auftreten von Schadstoffen informiert?
133. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Haushaltsmittel bei Kap. 36 04 Tit. 515 23 im Haushaltsjahr 1981 nicht ausreichten, um die Kosten der Wartungsverträge für Elektrosirenenanlagen zu decken, so daß bereits Anlagen stillgelegt werden müssen, und welche Folgerungen hat die Bundesregierung hieraus gezogen bzw. gedenkt sie zu ziehen?
134. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) An welchem Institut sollen künftig die im Rahmen der Reaktorüberwachung notwendigen Kalibrier- und Kontrollmessungen von Edelgassystemen im Rahmen der Richtlinie zur „Kontrolle der Eigenüberwachung radioaktiver Emissionen von Kernkraftwerken“ vorgenommen werden, und sind die

Bundesländer bereits davon unterrichtet, daß diese Untersuchungen künftig — nach Schließung von Neuherberg — nicht mehr bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung durchgeführt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

135. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) Sind zwischenzeitlich die Arbeitsergebnisse des vom Bundesjustizminister veranstalteten Forums „Alternativen zum zivilen Justizverfahren“ ausgewertet?
136. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) Können schon einige der gemachten Vorschläge zur Konfliktlösung ohne Gerichtsverfahren bei zivilrechtlichen Auseinandersetzungen, insbesondere der zur Einrichtung eines Zivil-Ombudsmannes, bewertet werden?
137. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesminister der Justiz Mustermietverträge für selbst modernisierende Mieter hat ausarbeiten lassen (vgl. BMF-Finanznachrichten vom 25. Januar 1982)?
138. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wann ist gegebenenfalls mit der Veröffentlichung solcher Mustermietverträge zu rechnen?
139. Abgeordneter
Poß
(SPD) Trifft es zu, daß — wie das Magazin „Stern“ vom 21. Januar 1982 angibt — die Rechtsradikalen Gabriele Colditz und Klaus-Peter Schulze weder inhaftiert noch angeklagt sind, obwohl sie als Mitglieder der Roeder-Gruppe an Sprengstoffanschlägen beteiligt waren, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

140. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß die Finanzverwaltungen weiterhin die Bestimmungen des Erlasses des Bundesfinanzministeriums vom 1. Februar 1977 bei der Anerkennung von Ehegattendirektversicherungen anwenden, und wenn ja, wird die Bundesregierung die obersten Finanzbehörden der Länder über die Auffassung des Bundesfinanzministeriums, die in dem zusätzlichen Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Böhme vom 23. November 1981 an den Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks zum Ausdruck kommt, unterrichten?
141. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Frage der Beweislast bei Ehegattendirektversicherungen im Schrifttum die Verfahrensweise der Finanzverwaltung als rechtsstaatswidrig angesehen wird, und wenn ja, wird die Bundesregierung darum besorgt sein, daß „die Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen auf ein tatsächlich zumutbares Maß“ zu beschränken ist und nicht restriktiv ausgelegt wird?

142. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Rechte der Steuerfahndung erweitert werden sollen, und in welcher Weise soll dies zutreffendenfalls geschehen?
143. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Sind nach Auffassung des Bundesfinanzministers die quantitativen Grundannahmen auch in finanzieller Hinsicht richtig, von denen die Finanzministerkonferenz der Länder in ihrem Beschluß vom 28. Januar 1982 zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans ausgegangen ist und nach denen für die Jahre bis 1985 zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans 85 Milliarden DM zur Verfügung gestellt werden können, oder beabsichtigt der Bundesfinanzminister, der Finanzministerkonferenz der Länder im Rahmen der weiteren Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans eine Ausweitung dieses Finanzvolumens vorzuschlagen?
144. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU) Welche Haltung nimmt der Bundesfinanzminister zu der Kritik ein, „der von ihnen (den Finanzministern) gesetzte Finanzrahmen (85 Milliarden DM) für die Jahre bis 1985 bleibe weit hinter den bildungspolitischen Notwendigkeiten der nächsten Jahre zurück“ (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982, Seite 5)?
145. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gedenkt der Bundesfinanzminister aus der Feststellung zu ziehen, daß der bisherige Verlauf der Beratungen der Bund-Länder-Kommission erwarten lasse, daß die Stellungnahme der Finanzminister in keiner Weise als akzeptabel betrachtet werden könne (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982, Seite 6)?
146. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Wird sich der Bundesfinanzminister an dem vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vorgeschlagenen neuen Gespräch zwischen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und der Finanzministerkonferenz zur Finanzierung des Bildungsgesamtplans beteiligen, und welche Positionen wird der Bundesfinanzminister dabei vertreten?
147. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, die Bildungsminister von Bund und Ländern hätten die Pflicht, das Bildungs- und Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland auf einem Stand zu halten, der es befähige, mit den besonderen Herausforderungen der 80er Jahre fertig zu werden, und welche Konsequenzen ergeben sich nach Ansicht des Bundesfinanzministers daraus für die Finanzierung des Bildungsgesamtplans (dpa-Dienst für Kulturpolitik, 1. Februar 1982)?
148. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den hohen Verwaltungsaufwand, der bei der Ausstellung der Bescheinigung über die Lohnsteuerpauschalierung 1982 entsteht, so zu reduzieren, daß er für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und ausstellende Kommunalbehörden tragbar bleibt?
149. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die vom Gesetzgeber vorgesehene Handhabung dazu führt, daß ein großer Teil von Aushilfskräften die Bereitschaft verliert, Aushilfsarbeiten zu leisten?

150. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß insbesondere für die Erntesaisonarbeit die Erstellung einer Pauschalierungsbescheinigung eine unnötige große Belastung darstellt, da teilweise die Arbeitnehmer dem Arbeitgeber am Tag vor dem Arbeitseinsatz nicht bekannt sind, so daß diese Maßnahme eine außerordentliche Erschwerung und Bürokratisierung bedeutet, und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung diese Behinderung abzustellen?
151. Abgeordneter
Poß
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, an Plänen mitzuwirken, um die Gewerbesteuer durch eine „Wertschöpfungssteuer“ zu ersetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

152. Abgeordneter
Steiner
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine Änderung der spielrechtlichen Bestimmungen dringend erforderlich ist, weil in den Kernbereichen der Städte Einzelhandelsgeschäfte und auch Gaststätten immer stärker dadurch verdrängt werden, daß Spielhallenbetreiber auch unangemessen hohe Mietpreise für solche Geschäftsräume zu zahlen bereit sind, die sich durch einfache Trennwände und damit unter Umgehung des § 33 i der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 3 der Spielverordnung in möglichst viele „ertragreiche Spielhallen“ unterteilen lassen?
153. Abgeordneter
Steiner
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den § 33 i der Gewerbeordnung so zu ändern, daß der Begriff „Spielhalle“ und seine Einzelmerkmale in der Weise neu gefaßt werden, daß die Ordnungsämter der Städte in die Lage versetzt werden, die unerwünschte Ausbreitung von Spielhallen einzudämmen?
154. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie ist derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland die Einspeisung von Überschußstrom aus der Nutzung von Solarzellen in einzelnen Häusern in das öffentliche Netz geregelt?
155. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Einspeisung von Überschußstrom aus der Nutzung von Solarzellen in einzelnen Häusern in das öffentliche Netz zu erleichtern, damit die Nutzung von Solarzellen in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend gefördert wird?
156. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Lassen die Massenentlassungen bei den Firmen Nordmende, Saba und Videocolor nach Auffassung der Bundesregierung eine gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Unternehmenspolitik des diese Firmen beherrschenden französischen Thomson/Brandt-Konzerns erkennen und teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die geplante Beteiligung des Thomson/Brandt-Konzerns an AEG-Telefunken letztlich die Auszehrung auch dieses Unternehmens zur Folge haben könnte?
157. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der z. B. auch im Zusammenhang mit der Unternehmenspolitik des Thomson/Brandt-Konzerns geäußerten Vermutung, daß multinationale Konzerne im Fall der Reduzie-

rung des Angebots Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland deshalb bevorzugt als Manövrier-
masse für ihre Anpassungsstrategien ansehen, weil
hier die rechtlichen (Gesellschaftsrecht, Steuerrecht,
Insolvenzrecht) und die tatsächlichen Widerstände
gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen geringer
sind als in anderen Staaten, und welche Folgerungen
zieht sie daraus?

158. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Wie beurteilt der Koordinator beim Bundeswirt-
schaftsministerium die Chancen der deutschen
Luft- und Raumfahrtindustrie für die Zukunft, und
muß er — wie im Managermagazin 1/1982 (Ein-
bruch an allen Fronten) dargestellt — um den Zu-
sammenbruch dieses Industriezweigs in der Bun-
desrepublik Deutschland fürchten?

159. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch das in
Eurofer II vereinbarte Preiskartell der Stahlindustrie
und die darauf beruhenden, exorbitanten Preiser-
höhungen, die einschließlich der Kündigungen von
Sonderkonditionen und durch Mindermengenauf-
schläge für das Gros der kleinen und mittleren Fir-
men der stahlverarbeitenden Industrie Kosten-
erhöhungen für das Ausgangsmaterial Stahl von bis 100
Prozent bedeuten, ca. zwei Millionen Arbeitsplätze
und der für die Handelsbilanz der Bundesrepublik
Deutschland besonders wichtige Exportüberschuß
von ca. 40 Milliarden DM dieser Branche gefährdet
sind?

160. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung den Betrieben der
stahlverarbeitenden Industrie, zumindest soweit sie
durch Altverträge und Exportaufträge preislich
gebunden sind, in der für sie aus der immensen
— künstlichen — Stahlverteuerung resultierenden
Notsituation helfen?

161. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)

Trifft die Angabe einer im Auftrag des Bundesmini-
steriums für Wirtschaft vorgenommenen Untersu-
chung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni-
versität Köln zu, daß sich bei der Stromerzeugung
die Kostendifferenz zwischen Steinkohlekraftwer-
ken und Kernkraftwerken weiterhin zugunsten der
nuklearen Stromerzeugung vergrößern wird, so daß
bereits 1990 die Stromerzeugungskosten aus Kohle
gegenüber denen aus Kernkraft doppelt so hoch sein
werden (vgl. Artikel aus „Die Welt“ vom 13. Juli
1981), und welche Folgerungen zieht die Bundes-
regierung gegebenenfalls daraus?

162. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die im stern-magazin Nr. 6
vom 4. Februar 1982 getroffenen Feststellungen,
daß bei einer Fusion der Großverlage Springer und
Burda die Chancengleichheit auf dem Vertriebsmarkt
in Gefahr geriete und weitere gravierende Wettbe-
werbsverzerrungen die Folge wären, und welche Fol-
gerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

Bonn, den 5. Februar 1982